

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine wirkt sich auch auf Russland selbst sowie seinen Verbündeten Belarus aus. Die Regime gehen hart gegen jene vor, die Kritik am Kurs der Präsidenten Putin und Lukaschenka äußern, der Verlust qualifizierter Arbeitskräfte, die vor Repressionen und Mobilmachung fliehen, stellt die Wirtschaft der beiden Länder vor enorme Herausforderungen. Die Online-Diskussionsreihe „Aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen in Russland und Belarus“, die die DGO gemeinsam mit dem Science-at-risk-Office des Akademischen Netzwerks Osteuropa (akno e.V.) veranstaltet hat, widmete sich daher den Entwicklungen in diesen Ländern aus unterschiedlichen Perspektive.

INNENPOLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN IN RUSSLAND

Mit der Spaltung zwischen unterschiedlichen Machtgruppen in Moskau sowie zwischen dem Zentrum und Regionen befassten sich bei der Auftaktveranstaltung der Historiker und ehemalige Duma-Abgeordnete Vladimir Ryžkov sowie der Politikwissenschaftler Aleksandr Kynev. Aus Russlands als „Spezialoperation“ geplante Angriff auf die Ukraine ist ein umfassender Landkrieg geworden. Russland hat auf das Scheitern seiner Truppen am Boden mit Luftterror gegen die ukrainische Zivilbevölkerung reagiert.

In Russland selbst hätten nach der Mobilmachung im September 2022 die inneren Konflikte zugenommen. Ryžkov und Kynev waren sich aber einig, dass die Spannungen innerhalb der russländischen Machtelite noch nicht den Keim für einen Zerfall des Regimes von innen heraus bilden. Kynev betonte insbesondere, dass es für etwaige Hoffnungen auf ein Ende des Kriegs durch Widerstand gegen Moskau aus den Regionen Russlands keinerlei Basis gebe. Der Versuch, Parallelen zur Vorgeschichte des Zerfalls der Sowjetunion zu suchen, führe in die Irre. Auch Ryžkov erachtete eine innere Eskalation macht politischer Konflikte als wenig wahrscheinlich. Keine der rivalisierenden Gruppen, seien es die Vertreter der zivilen Ministerien und Behörden, die für das Funktionieren der Volkswirtschaft sorgen, oder die Spitzen konkurrierender Gewaltapparate, könne sich gegen die anderen Segmente des Herrschaftsapparats durchsetzen oder eine durchsetzungsfähige Koalition schmieden, die zu einer Ablösung des Präsidenten in der Lage wäre.

Kynev vertrat die Position, dass die restriktive Visapolitik der Europäischen Union und insbesondere einiger ostmitteleuropäischer Staaten jene Menschen in Russland in die Arme des Regimes treibe, die dessen Kriegspolitik grundsätzlich ablehnten, jedoch wegen der Verfolgung jeglicher oppositioneller Äußerung zu keinem offenen Protest mehr in der Lage seien. Ryžkov widersprach dem nicht, wies aber darauf hin, dass es nicht angebracht sei, sich Hoffnungen auf eine Veränderung der Politik des Kreml durch Förderung eines Exodus aus Russland zu machen. Konsens herrschte darüber, dass, unabhängig vom Ausgang, der von der russischen Führung zu verantwortende Krieg nicht nur für die Ukraine, sondern auch für Russland katastrophale Folgen hat.

BELARUS: POLITIK, WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT IN DER SCHWEBE

Belarus wird in den Medien aktuell zumeist nur als Co-Aggressor im russischen Angriffskrieg thematisiert. Um auch andere Perspektiven zu berücksichtigen, befasste sich die zweite Veranstaltung der Diskussionsreihe daher mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Belarus. Artyom Shraibman (Carnegie Endowment for International Peace) benannte dabei drei wichtige Entwicklungen: Die Militarisierung des öffentlichen Lebens und Repressionen gegen alles, was das russische Narrativ infrage stellt, die Entstehung weiterer scheindemokratischer Institutionen sowie das Fehlen echter politischer Auseinandersetzungen, da große Teile der Opposition im Ausland seien oder gewaltsam unterdrückt würden.

Hinzu käme die schlimmste Rezession seit den neunziger Jahren, so Lev Lvovskiy vom Thinktank BEROC. Zwar könne der Ausfall der Einnahmen aus der EU und der Ukraine aktuell noch von Russland kompensiert werden, aber auch die russische Wirtschaft stagniere zunehmend. Einige Branchen könnten die Sanktionen ausgleichen, andere aber nicht. So habe Belarus unter anderem den Status als IT-Nation verloren, da Investitionen in diesem Bereich durch die Sanktionen erschwert wurden und viele Arbeitskräfte das Land verlassen haben.

Die massenhafte Ausreise spalte auch die Zivilgesellschaft zunehmend, so Natallia Rabava (Forschungszentrum SYMPA), hinzu komme die Einflussnahme des Regimes auf zivilgesellschaftliche Institutionen. So könnten Umwelt- und soziale Organisationen momentan nur arbeiten, wenn sie Loyalität zum Regime demonstrierten. Shraibman verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass totalitäre Praktiken immer stärker zunehmen. Wer sich negativ über Lukaschenka oder das Regime äußere, müsse damit rechnen, inhaftiert zu werden.

Auf lange Sicht, so Lvovskiy, sei der Verlauf des Krieges der entscheidende Faktor auch für die Entwicklung in Belarus. Durch die Verflechtung mit der russischen Wirtschaft hätte eine russische Niederlage weitreichende Folgen für das Land. Shraibman sah das größte Problem darin, dass Lukaschenka Belarus zum Aufmarschgebiet für russische Truppen gemacht habe. Dadurch habe er an Souveränität eingebüßt und das Land noch stärker von Russland abhängig gemacht.

SOZIALWISSENSCHAFTEN UNTER AUTORITÄREN BEDINGUNGEN – RUSSLAND IM FOKUS

Die dritte Veranstaltung beschäftigte sich mit der Frage, wie sozialwissenschaftliche Forschung unter den in Russland herrschenden autoritären Bedingungen noch möglich ist. Felix Krawatzek vom Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) verwies darauf, dass die Möglichkeiten, in und über Russland zu forschen, lange sehr gut gewesen seien. Alle modernen Forschungsmethoden konnten angewendet werden und auch von russischer Seite gab es große Bemühungen um bilaterale Kooperationen mit westlichen Partnern. Der 24. Februar sei daher für beide Seiten eine große Zäsur gewesen.

Die Soziologin Anna Sanina betonte vor allem den Verlust der Zusammenarbeit mit Kolleg*innen aus Europa, der auch langfristige Projekte betrifft. Zudem habe man nun keinen Zugriff mehr auf viele technische Instrumente wie Datenbanken oder Videokonferenz-Tools. Die untersuchten Themen hätten sich hingegen für Sozialwissenschaftler*innen in Russland weniger verändert. Westliche Kolleg*innen, so Krawatzek, die der eingeschränkte

Zugang zum Feld betreffe, müssten ihre Themen hingegen anpassen. Man konzentriere sich nun vermehrt auf das russischsprachige Ausland. Wichtig sei es, das Feld nicht denjenigen zu überlassen, die eher meinungsstark unterwegs seien.

Mit thematischen und anderen Einschränkungen sei er schon vor dem 24. Februar 2022 konfrontiert gewesen, so Lev Gudkov, Direktor des Moskauer Levada-Zentrums. Die Sozialwissenschaften stünden schon länger unter politischer Kontrolle, seit Februar erlebe man nun den Höhepunkt einer Entwicklung, die bereits über 20 Jahre andauere. Zur Frage der Validität der in Meinungsumfragen erhobenen Daten bemerkte Gudkov, dass er kaum Verzerrungen feststellen könne. Angesichts der zunehmenden Zensur hätten sich die Menschen aber sowjetische Reaktionen angeeignet und würden versuchen, in ihren Antworten Loyalität zum Regime zu demonstrieren. Vor allem Beamt*innen und ältere Frauen aus der Provinz legten Wert darauf, als loyal angesehen zu werden. Die Jugend wiederum sei indifferent und ziehe sich zurück. Sanina äußerte in diesem Zusammenhang die Hoffnung, dass die vorliegenden Daten, die Realität nicht vollständig abbildeten. Da es aber die einzigen zur Verfügung stehenden Daten seien, sollte man diese auch nutzen.

RUSSISCHE UND BELARUSISCHE AUSSENPOLITIK IM LICHT DES KRIEGES GEGEN DIE UKRAINE

Die Frage, wie sich die Außenpolitik Russlands und Belarus' seit Kriegsbeginn verändert hat, stand im Mittelpunkt der vierten Diskussionsrunde. Die Politikwissenschaftlerin Irina Busygina vertrat dabei die These, dass Russland gezwungen sei, seine Außenpolitik im Hinblick auf den postsowjetischen Raum weiterzuführen. Der Widerspruch zwischen dem Anspruch, regional Einfluss zu nehmen und dem imperialen Bestreben des Landes würde sonst offenkundig werden. Dies wiederum würde die Stabilität des Regimes gefährden. Sergey Utkin, Experte für internationale Beziehungen, fügte hinzu, dass Russland durch sein aggressives Vorgehen in seiner Nachbarschaft ganz bewusst versuche, den eigenen Aufstieg durch die Zerstörung der bestehenden Ordnung zu festigen. Für Belarus sei wiederum die Innenpolitik der entscheidende Faktor für die Stabilität des Regimes, so Pavel Slunkin vom European Council on Foreign Relations. Mit den zunehmenden Repressionen sollen kritische Stimmen unterdrückt werden. Damit wende sich Lukaschenka aber auch immer mehr gegen die eigene Gesellschaft. Die Opposition, so Slunkin, könne daher die Lage in Belarus kaum beeinflussen. Man müsse zudem bedenken, dass der Begriff eher für demokratische Systeme zutrefte, in einer Diktatur wie Belarus hätten entsprechende Gruppen keine Möglichkeit, Zugang zu politischen Instrumenten zu erhalten. Auch die russische Opposition spiele aktuelle keine Rolle, so Busygina. Utkin verglich die Opposition gar mit einem „Güterwaggon, der bergab fährt und den niemand aufhalten kann“.

Angesprochen auf potenzielle Zukunftsszenarien für die beiden Staaten verwiesen alle Teilnehmer*innen darauf, dass eine langwierige Entwicklung zu erwarten sei. Politische Veränderungen seien die Grundlage für Veränderungen in anderen Bereichen und diese würden, wenn überhaupt, nur auf lange Sicht stattfinden. Eine Entwicklung, die Russland an die EU und die NATO annähern würde, sei erst recht nicht zu erwarten. Der Westen brauche Geduld.

RUSSLAND UND BELARUS – VOLKSWIRTSCHAFTEN UNTER DRUCK

Die abschließende Diskussion der Veranstaltungsreihe stellte die wirtschaftliche Situation in Russland und Belarus in den Mittelpunkt und fragte unter anderem nach den Auswirkungen westlicher Sanktionen. Natal'ja Zubarevič, Professorin für Wirtschafts- und Sozialgeographie

aus Moskau, konstatierte gleich zu Beginn, dass sich alle Expert*innen mit ihren Einschätzungen geirrt hätten. Der erwartete starke Rückgang der Wirtschaftsleistung in Russland und Belarus sei ausgeblieben. Die Sanktionen würden aber dennoch Wirkung zeigen. Janis Kluge (Stiftung Wissenschaft und Politik) verwies in diesem Zusammenhang auf den eingeführten Preisdeckel für russisches Öl. Dieser würde zwar keine existenzielle Krise in Russland auslösen, langfristig aber Druck auf die Wirtschaft ausüben. Generell sei Russland schwer zu sanktionieren: Viele Länder würden weiterhin Handel mit Russland treiben und die im Zuge der globalen Rohstoffknappheit steigenden Preise würden dem Regime entgegenkommen.

Im Hinblick auf Belarus, so Robert Kirchner von Berlin Economics, müsse man bedenken, dass das Land bereits nach den gefälschten Präsidentschaftswahlen 2020 unter anderem von der EU sanktioniert worden sei. Gemeinsam mit den Sanktionen, die im Zuge des russischen Angriffskrieges verhängt wurden, werde das Land deutlich stärker getroffen als Russland. Die enge Verflechtung der beiden Volkswirtschaften würde dabei eine große Rolle spielen. Kirchner verwies vor allem auf die Tatsache, dass viele Unternehmen aus der IT-Branche das Land verlassen würden. Die Branche habe lange hohe Exporterlöse erwirtschaftet, die aktuelle Entwicklung fördere nun ein „langsameres Dahinsiechen der Wirtschaft“.

Perspektivisch verwiesen die Teilnehmer*innen immer wieder darauf, dass nicht die wirtschaftlichen Probleme Russlands im russischen Angriffskrieg ausschlaggebend seien. Die Sanktionen seien zu unspezifisch und Russland in der Lage, durch eigene Prioritätensetzung gegenzusteuern. Frühestens in zwei oder drei Jahren sei mit einer Währungskrise oder ähnlich einschneidenden Entwicklungen zu rechnen. Wichtig sei vor allem die militärische Situation in der Ukraine. Kluge brachte es zum Abschluss auf den Punkt: Waffenlieferungen an die Ukraine seien wichtiger als wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland.

**VOLKER WEICHSEL,
SEBASTIAN LAMBERTZ**